

Weitere Muslim-Prozesse

In Cirebon, West-Java, und in Jakarta laufen jeweils Prozesse gegen Muslime, die teilweise krimineller Delikte wegen, teilweise wegen Bestrebungen zur Errichtung eines islamischen Staates angeklagt sind. Beispielsweise werden dem inzwischen zu 14 Jahren Haft verurteilten *Lukman Hakim* verschiedene Banküberfälle zur Last gelegt. Lukman ist Gründungsmitglied der Gruppe *Jema'ah Islam* (Islam-Gemeinde) und soll dem "fa'i"-Konzept entsprechend gehandelt haben, das illegale Geldbeschaffung rechtfertigt, wenn sie dem Islam dient. In der indonesischen Presse wird von noch mehr als einem Dutzend weiterer Staatsschutzprozesse gegen Muslime berichtet, die alle einer ominösen Vereinigung namens "NII" (*Negara Islam Indonesia* = Islamischer Staat Indonesien) angehören sollen.

vgl. TAPOL No. 84, S. 14-16
u. No. 85, S. 8f

Gnadengesuche aus Westpapua/Irian Jaya

Vier Westpapas, die im Herbst letzten Jahres wegen angeblicher Unterstützung der *Bewegung Freies Papua* (OPM) zu jeweils sechs Jahren Haft verurteilt wurden, haben den Obersten Gerichtshof um Gnade ersucht. Zwei der in Doom Son einsitzenden Männer waren Staatsbedienstete. Aus den mageren indonesischen Presseberichten geht nicht hervor, ob die Verurteilten während der Verhandlung juristischen Beistand gehabt haben.

vgl. TAPOL No. 85, S.9

Osttimoresen von ihrem Glück nicht überzeugt

Der Strategische Nachrichtendienst BAIS und das Zentrum für *Strategische und Internationale Studien*, Jakarta, haben sich in den ersten Monaten des Jahres 1987 in Osttimor als Meinungsforscher versucht. Das geht aus einem internen Papier hervor, das dem Fretilin-Informationsbüro in Lissabon zugespielt wurde. Ergebnis der für Indonesien enttäuschenden Befragung ist, daß die osttimoresische Bevölkerung die indonesische Präsenz "total ablehne". Auch Schüler und Studenten – deren Erfahrungen kaum vor die Zeit der indonesischen Besatzung zurückgehen – sprächen sich offen und furchtlos gegen Indonesien aus.

vgl. TAPOL No. 85, S. 16

Zeugen Jehovas, Zeugen Maos oder dummes Zeug?

Elf *Zeugen Jehovas* sind zum Jahreswechsel in Ost-Java verhaftet worden, darunter angeblich einige ehemalige PKI-Mitglieder. Die Verhafteten werden beschuldigt, unter Verletzung des 1976 ausgesprochenen Verbots der Sekte "irreführende" Lehren verbreitet zu haben. Zeugen Je-

hovas seien besonders in den Städten Ost-Javas und in Ost-Kalimantan aktiv. Ein hoher Beamter des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten erklärte mit der "Radikalität" und der "konspirativen Vorgehensweise" der Sekte ihre Attraktivität für ehemalige Kommunisten.

vgl. TAPOL No. 85, S. 19

Zur Transmigration gezwungen

Weiter in den Schlagzeilen sind die Landrechtskonflikte um den Kedung-Orbo-Staudamm in Zentral-Java (vgl. SOAI 3-4/87). Mitte Dezember wurden 50 Familien aus dem Distrikt von *Boyalali* mit all ihrer Habe in Busse gepfercht und nach Süd-Sumatra geschickt. Den Aufbruch der Dorfbewohner in den "Beginn eines neuen Lebens" als Transmigranten überwachte Distriktvorsteher Oberstleutnant *Mohammad Hasbi*, der wie kein anderer dafür verantwortlich war, die Dorfbewohner bei ihrem Widerstand gegen die Enteignung und die erzwungene Transmigration einzuschüchtern. Hasbi riet den Vertriebenen, sich schnell an ihre neue Umgebung zu gewöhnen

Werkzeuge der Demokratie" und forderten eine Untersuchung der Vorfälle. 6 von ihnen durften das Parlamentsgebäude betreten, wo sie vom stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden, *Saiful Sulun* empfangen wurden. Dieser zweifelte an, daß sie für alle Bandenführer Studenten sprächen und warf ihnen unerlaubte Entfernung vom Campus und Verbreitung von Falschinformationen vor. Der Minister für Erziehung und Kultur ließ später verlauten, es sei "o.k.", daß die Studenten ihre Rektoren nicht um Erlaubnis gefragt hätten, sie sollten jedoch "respektable" Wege finden, ihre Ansichten zu artikulieren (Jawa Pos v. 18.11., zit. in: *Indonesia News Service* No. 54)

Die Proteste von Ujung Pandang, wo sich die Studenten gegen die Einführung der allgemeinen Helmpflicht für Motorradfahrer gewehrt hatten, und Jakarta fanden in der indonesischen Presse ein breites Echo. Es waren jedoch nicht die einzigen Studentenunruhen des vergangenen Jahres, wie die Zeitung *Merdeka* berichtete: Im Mai protestierten über 2000 Studenten in Pontianak, West-Kalimantan, ebenfalls gegen die Helmpflicht; Anfang

Ruhe. Nach den Worten von *Aristides Katoppo* jedoch, dem Herausgeber der inzwischen verbotenen Zeitung *Sinar Harapan*, seien trotz aller Regierungsbemühungen, die Studenten zu entpolitisieren, diese die einzigen Kräfte, die in der Lage sind, ihrem Unmut über die politischen und ökonomischen Strukturen der "Neuen Ordnung" Ausdruck zu verleihen.

Im Februar 1987 äußerte sich auch der Rektor der staatlichen Islamischen Universität von Yogyakarta, der ehemalige Religionsminister *Mukti Ali*, daß der Bann über politische Aktivitäten lange genug auf den Studenten gelastet habe. Es sei Zeit, daß wieder Studentenorganisationen aufgebaut würden. In Regierungskreisen droht man den Studenten jedoch. Ex-General *Sumitro* warnte eine Gruppe von vier studentischen Aktivisten am 5. Dez., von nun an keine Demonstrationen bis zur Wiederwahl Suhartos zu starten. Sonst müßten die Studenten mit dem Tod rechnen. Auch der Presse wurde dringend nahegelegt, nicht über Studentenunruhen zu berichten.

vgl. FEER v. 11.2.88, S. 42-45; II No. 10, S. 7-10; No. 12, S. 33; TAPOL No. 84, S. 1-3; No. 85, S. 7

NACHRICHTEN

Menschenrechte in Indonesien

und gehorsam die Befehle ihrer Vorgesetzten auszuführen.

Von den 1854 Familien aus Boyolali, die zwangsumgesiedelt werden sollen, haben bereits 1160 ihre Heimat verlassen. Insgesamt sind aus 3 Distrikten über 3200 Familien verschickt worden. Sie hatten sich geweigert, die mageren Entschädigungen für ihr Land zu akzeptieren.

In Yogyakarta verschob die Polizei einen von der Rechtshilfeorganisation *LBH* geplanten Workshop zu den Vorfällen um das Dammprojekt auf "unbestimmte Zeit". Für diesen Workshop, der an der Gadjah-Mada-Universität abgehalten werden sollte, waren als Teilnehmer Vertreter der Umweltschutzorganisation *WALHI*, Mitglieder vieler anderer NROs und bekannte Umweltschutzexperten vorgesehen gewesen.

vgl. II No. 13, S. 7-10; TAPOL No. 85, S. 21f

Militärs beunruhigt über Studentenunruhen

Wie bereits berichtet (SOAI 4/87) ist im Anschluß an die Studentenunruhen in Ujung Pandang, wo Militär auf Demonstranten schoß, eine Delegation von ca. 80 *Studenten* aus 10 Hochschulen der Universitätsstadt Bandung im Parlament von Jakarta vorstellig geworden. Delegierte entrollten u.a. ein Transparent mit den Worten: "Eiserne Fäuste sind keine

1987 gab es an mehreren Universitäten in Sumatra, in Jakarta, in Ujung Pandang und im west-javanischen Serang Demonstrationen gegen die Erhöhung von Studiengebühren; in Serang wehrten sich Studenten der Islamischen Universität zusätzlich auch gegen Pflichtkurse in der Staatsideologie "Pancasila"; in Samarinda, Ost-Kalimantan, erreichten Attacken gegen autoritäre Praktiken der Universitätsspitzen ihren Höhepunkt: ihnen schlossen sich sogar Universitätsangestellte an; die Proteste in Samarinda galten zugleich auch dortigen Entwicklungshilfeprojekten der bundesdeutschen GTZ und der japanischen JICA.

In Regierungskreisen zeigte man sich über die studentischen Unmutsäußerungen vor der Wiederwahl Präsident *Suhartos* zunehmend beunruhigt: Die Ereignisse von 1978, als das Staatsoberhaupt ebenfalls im Zuge von Präsidentschaftswahlen wegen Korruption und "Neofeudalismus" unter heftigen Beschuß geriet und die Studenten sogar *Ali Sadikin*, den damaligen Gouverneur von Jakarta zum Gegenkandidaten aufbauen wollten, sollen sich nicht wiederholen. Damals hatte die Regierung mit ihrem "Erlaß zur Normalisierung des Campus-Lebens" den politischen Aktivitäten der Studenten erfolgreich ein Ende gesetzt. Seitdem herrschte

Indonesiens Bild im Ausland "verzerrt"

Organisationen wie *Amnesty International* oder *TAPOL*, ausländische Medien überhaupt oder exilierte PKI-Mitglieder – alle berichten falsch über Indonesien. Präsident *Suharto* hat daher im Dezember 1987 die nationale Presseagentur *ANTARA* angewiesen, die "verzerrenden Berichte der ausländischen Presse zu neutralisieren". Die Aufgabe der Agentur sei es, gute und genaue, v.a. vorher sorgfältig geprüfte Beiträge zu verbreiten (JP v. 11.12.'87). Der ehemalige Generaldirektor für soziale, kulturelle und Medien-Beziehungen im indonesischen Außenministerium, Gen.-Maj. *R. Adenan* macht v.a. zwei Ursachen für das schlechte Image Indonesiens dingfest: Zum einen genossen gewisse Organisationen wie *Amnesty*, die das Land "jahraus, jahrein verdammten", im Ausland großen Respekt, zum anderen sei Indonesien zu wenig offen für Besuche einflußreicher Persönlichkeiten, die die Bedingungen vor Ort aus eigener Anschauung kennenlernen und entstandene Verzerrungen korrigieren könnten. Größerer Gebrauch solle in Zukunft auch von der Anwesenheit ausländischer Journalisten gemacht werden.

Nicht nur, weil sich Indonesien in der Vergangenheit eher durch die *Ausweisung* von Pressevertretern auszeichnete (vgl. z.B. SOAI 3/87, S. 48), bleibt die Frage, ob am abstoßenden Bild der Spiegel schuld ist oder das verzerrte Gesicht.

vgl. TAPOL No. 85, S. 13

NACHRICHTEN

"Max Havelaar" nach 12 Jahren Wartezeit in Indonesien uraufgeführt

Am 27. Nov. letzten Jahres wurde die Verfilmung des berühmten Romans von *Eduard Douwes Dekker* alias *Multatuli* in indonesischen Kinos uraufgeführt. Mit der Veröffentlichung der fiktiven Autobiographie im Jahr 1860 wurde zum ersten Mal und mit leidenschaftlicher Anteilnahme das holländische Kolonialregime, v.a. das Zwangsarbeitssystem des "cultuur stelsel" öffentlich angeklagt. Die Verfilmung, eine 3 Mio. US\$ kostende indonesisch-holländische Koproduktion, konnte lange Zeit in Indonesien nicht gezeigt werden, da sich in der Filmzensurbehörde nationalistischer Widerstand regte. Anders als in *Multatulis* romantizistischer Geschichtsversion, die im Kontrast zwischen bösem Kolonialist und unterwürfigem Unterworfenen die paternalistische Sichtweise des zivilisierten Europäers immer noch nicht aufgab, sollten "reale" Szenen des antikolonialen Widerstands in den Film hineingeschnitten werden. Produzent *Hiswara Darmaputra* widerstand diesem Ansinnen, und so dauerte es zwölf Jahre, bis zum 100. Todestag Douwes Dekkers, daß der Film – in den Vereinten Nationen immerhin als "der beste, je in der Dritten Welt produzierte" gefeiert – auch der indonesischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

vgl. AW v. 8.1.88, S. 43

Ökonomische Talfahrt hält an

"Jakarta hat einen großen Schritt nach vorne gewagt" – so feierte die Handelsblatt-Korrespondentin *Christel Pilz* in der Ausgabe v. 7. Jan. das bislang umfassendste Deregulationspaket der indonesischen Regierung. Pünktlich zum Weihnachtsfest schnürten Wirtschafts-"haupt"minister *Ali Wardhana* und fünf seiner Ressortkollegen ausländischen Investoren und dem einheimischen Privatkapital ein beachtliches Geschenk. Ob der Schritt vorwärts jedoch in den Sonnenschein des Wirtschaftsliberalismus führen wird (und die Pfründe der indonesischen Machtelite schmälert) oder – wie in SOAI 3/87 vermutet – "kurz vor dem Abgrund" mit einem wohl ganz anderen Ergebnis getan wurde, bleibt weiterhin die Frage.

Die Vorstellung des neuen Budgets für das Haushaltsjahr 1988/89, das zusammen mit der ganzen Schuldenpolitik Indone-

siens erstaunlicherweise von *Weltbank* und *Weltwährungsfonds* gutgeheißen wurde, läßt nicht deutlich werden, daß die prognostizierte Talfahrt gestoppt worden wäre. Indonesien ist mit einer Gesamtschuldenlast von 43,2 Mrd. US\$ Asiens größter Schuldner. Im Entwurf des neuen Haushaltes setzen sich alle (in SOAI 3/87 festgestellten) Trends fort:

- Der Schuldendienst stieg gegenüber dem Vorjahr um 56,5 % und erreichte 10,65 Bio. Rp. Das ist innerhalb der letzten 5 Jahre ein Zuwachs um 570 %.
- Seit dem Haushaltsjahr 1986/87 übersteigt der Schuldendienst die aufgenommenen Neukredite. Machte er im zu Ende gehenden Jahr noch 122 % der ausländischen Projekt- und Programmhilfe aus, steigt der Satz im jetzigen Entwurf auf 149 % an und macht mittlerweile mehr als die Hälfte (53 %) der Routineausgaben aus.
- In der Wirtschaftskrise der End- und Nach-Sukarno-Ära flossen prompt nach dem Militärputsch 1965/66 verstärkt ausländische Mittel in die innerindonesische Entwicklungspolitik. Mit den Öleinnahmen ab Anfang/Mitte der 70er Jahre wurde der Eigenanteil am Entwicklungshaushalt immer weiter ausgedehnt und erreichte 1982/83 mit fast 80 % seinen Höhepunkt. Seitdem sinkt er rapide – entgegen jeder offiziellen Absichtserklärung. Im zu Ende gehenden Haushaltsjahr war ein Eigenanteil von nur noch 30 % geplant, im kommenden soll er auf unter 20 % sinken: Fast schon vollständig werden die innerindonesischen "konsensbildenden" Maßnahmen vom Ausland finanziert.

Mit allen Mitteln versucht die Regierung einer offiziellen Umschuldung – und damit einem schweren Rückschlag für ihre Kreditwürdigkeit – zu entgehen. Das von *Weltbank* und *Währungsfonds*, aber auch von Banken und Regierungen verbundener Staaten (EG, Japan, USA) getragene Konzept sieht eine zumindest partielle "sanfte" Umschuldung vor. Gezielt vergeben sie langfristige Kredite zu besonders günstigen Konditionen, die von Indonesien zur vollständigen Tilgung ungünstiger Kredite verwendet werden. Trotz dieser Maßnahmen und trotz des "Weihnachtspaketes", das den Export und den devisenbringenden Tourismus ankurbeln und damit die Abhängigkeit von einer

soliden Erdölpreisentwicklung verringern soll, ist eine Entspannung der Situation nicht in Sicht. Denn 1988 und 1989 läuft die tilgungsfreie Zeit vieler kommerzieller Kredite aus, und ab Mitte der 90er Jahre müssen Tilgungen für sehr viele nicht-kommerzielle Finanzhilfen geleistet werden. Selbst bei einer deutlichen Erholung der Zahlungsbilanz, von der bislang allenfalls Ansätze zu beobachten sind, ist damit zu rechnen, daß eine dann mögliche Konsolidierung der Auslandsschuld auf einem sehr hohen, Lateinamerika-Format erreichenden Niveau geschehen wird.

vgl. AW v. 15.1.88, S. 52f; FEER v. 15.1.87, S. 60; 7.1.88, S. 48f; 21.1.88, S. 50-52; 18.2.88, S. 75; 3.3.88, S. 25-27; HB v. 7.1.88; SOAI 3/87, S. 42-47

Puppenspieler Suharto

Knapp ein Jahr, nachdem die Regierungspartei *Golkar* beim "Fest der Demokratie" ihren letzten überragenden Wahlsieg davongetragen hat, will auch Präsident *Suharto* in die nächste Runde gehen. Am 11. März (kurz nach Redaktionsschluß) bestätigen ihn alle drei in der Volksversammlung vertretenen Parteien zum fünften Mal in seinem Amt. Einen Gegenkandidaten hat er nicht. Anlaß zu Spekulationen in Jakarta geben vorwiegend die geplanten personellen Umgeschichtungen, über die sich *Suharto* wie üblich in Schweigen hüllt. Die erste Bombe platzte am 10. Feb.: Völlig überraschend erklärte der Oberbefehlshaber der 480 000 Mann starken Streitkräfte, *Benny Murdani*, seinen Rücktritt von diesem Posten. Noch im Herbst hatte der Präsident die Amtszeit des 55jährigen *Murdani* – 55 Jahre sind das offizielle Pensionsalter – um ein Jahr verlängert. Beobachter gingen daher davon aus, daß der machtvolle Katholik, der das Vertrauen des Präsidenten genießt, sowohl das Amt des Oberbefehlshabers als auch das des ersten Mannes im Sicherheitsdienst *Kopkamtib* noch einige Zeit behalten würde. Nun wird vermutet, daß *Murdani* demnächst – evtl. als Verteidigungsminister – auf die politische Bühne zurückkehren wird. Nachfolger *Murdanis* als Oberbefehlshaber wurde General *Sutrisno*, bisheriger Generalstabschef der Armee.

Die Entlassung *Murdanis* löste noch aus einem weiteren Grund Wirbel aus: Dem im zentral-javanischen Cebu geborenen Sohn einer indo-deutschen Mutter werden große Ambitionen auf

INDONESIEN

die Nachfolge *Suhartos* nachgesagt. Der 66jährige Präsident hatte im Oktober 1986 angedeutet, daß er im Laufe der nächsten Amtsperiode zurücktreten werde. Mag dies auch nur eines von *Suhartos* bekannten taktischen Verwirrspielen sein, so hat es doch verursacht, daß sich das Augenmerk der Öffentlichkeit allenthalben auf die Nominierung des Vizepräsidenten richtete, der bei Rücktritt automatisch vorläufiger Nachfolger *Suhartos* würde. Neben *Murdani*, dem man jedoch aufgrund seiner Abstammung und seiner Religion nicht allzu große Chancen einräumt, steht vor allem der *Golkar*-Vorsitzende, Gen.-Ltnt. *Sudharmono*, zur Debatte. *Sudharmono* wurde 1927 in Gresik, Ost-Java, geboren, gilt als einer der engsten Vertrauten des Präsidenten und bekleidete von *Suhartos* Machtübernahme an bis 1978 hohe Staatsämter. Danach nahm er führende Positionen in der Regierungspartei ein, deren Vorsitzender er seit 1983 ist.

Laut FEER v. 3.3. ist *Suharto* – wie viele andere lang amtierende Staatschefs – gegenwärtig mit dem Generationenproblem konfrontiert: Viele seiner alten Intimi aus der Anfangszeit der "Neuen Ordnung" sind abgetreten oder verstorben. "Suharto", so die FEER, "muß seine Entscheidungen zunehmend alleine treffen – ohne ein Gremium vertrauter Ratgeber zur Seite". Die Zukunft des Präsidenten wird eng mit seinem Willen verbunden sein, sich den drängenden ökonomischen Problemen zu stellen, die selbst in konservativen Kreisen den Ruf nach mehr Liberalität haben laut werden lassen.

vgl. div. Agenturmeldungen; FEER v. 3.3.88, S. 24-29; II No. 13, S. 1-4

Letzte Meldung: Suharto wiedergewählt!

Nach Redaktionsschluß erreichte uns die BBC-Nachricht, daß Präsident *Suharto* vom indonesischen Parlament – wie nicht anders zu erwarten gewesen – wiedergewählt wurde. Er beginnt damit seine 5. Amtsperiode, in deren Verlauf (s. Nachricht dazu) allgemein mit seinem Rücktritt gerechnet wird. Nicht allzu überraschend, weitere Spekulationen aber zunächst beendend, ist die Meldung, daß Generalleutnant *Sudharmono* Vizepräsident wurde. Völlig ungewöhnlich erscheint aber die Tatsache, daß mit dem Vorsitzenden der größten Oppositionspartei, der islamischen PPP, *John Naro*, ein – wenn auch aussichtsloser – Gegenkandidat auf der Bühne erschienen war.